

Menck, Karl Wolfgang

Article — Digitized Version

Schwierige Auslandsinvestitionen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Menck, Karl Wolfgang (1970) : Schwierige Auslandsinvestitionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 6, pp. 361-367

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134133>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Schwierige Auslandsinvestitionen

Karl Wolfgang Menck, Hamburg

Mit den höchsten Zuwachsraten in der Produktion und mit einem Anteil von 15% an den gesamten Exporterlösen im Jahre 1968¹⁾ nimmt die chemische Industrie eine wichtige Stellung in der deutschen Wirtschaft ein. Auch die Aussichten für das nächste Jahrzehnt werden günstig beurteilt. Doch einige Schatten trüben das Bild. Die chemische Industrie lebt nämlich von und mit dem raschen Wandel der Produkte. Die Finanzierung der Forschung und Entwicklung und der dafür notwendigen Investitionen ist deshalb ohne ausreichende Gewinne nicht möglich. Die Lohnsteigerungen im Inland haben aber die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich geschwächt und die Erträge schrumpfen lassen.

Exportfeindliche Politiken

Weitaus gefährlicher ist jedoch angesichts der starken Exportabhängigkeit die Anfälligkeit des internationalen Währungssystems für Störungen und Hemmnisse im freien Handelsverkehr. Solange die BRD mit Handelsbilanzüberschüssen leben muß, sind Aufwertungen hier und/oder Abwertungen in anderen Ländern nicht zu vermeiden. Jede Änderung der Parität geht zu Lasten der deutschen Exporte und gefährdet zwangsläufig heftig umkämpfte Auslandsmärkte. Selbst geringfügige Änderungen bei den indirekten Steuern schlagen bei der starken internationalen Konkurrenz fühlbar zu Buch. Der Widerspruch zwischen den Exportinteressen eines Wirtschaftszweiges und den Opfern eines exportstarken Landes wie der BRD für ein funktionsfähiges Weltwährungssystem ist aber unter den augenblicklichen Bedingungen nicht lösbar.

Umfangreiche Exportförderungsprogramme in anderen Industrieländern erschweren darüber hinaus den deutschen Export. Berechtigte Klage

führen die deutschen Chemieunternehmen auch über die hohen Zollmauern, die in allen anderen Ländern zugunsten der inländischen Erzeugung errichtet sind. Zu diesen Mauern gehört nicht nur das American-Selling-Price-System. Auch die Entwicklungsländer warten mit einem breiten Angebot an Verboten und Auflagen auf, um ihre eigenen Interessen – manchmal gegen jegliche wirtschaftliche Vernunft – durchzusetzen.

Noch kann die starke Lobby der chemischen Industrie in den einzelnen Ländern trotz heftiger Angriffe verhindern, daß diese Exporthindernisse ersatzlos aufgehoben werden. Was den Amerikanern recht ist, ist anderen Ländern – vor allem den Entwicklungsländern – billig. Im Gegensatz zu den USA können sie sogar das Argument der Schutzzölle für im Aufbau befindliche Industrien ins Feld führen. Dagegen kann nur wenig Überzeugendes angeführt werden, schlägt man doch den Ländern der Dritten Welt vor, den Industrialisierungsprozeß zu beschleunigen.

Direktinvestitionen gegen Zollmauern

Um diese Schranken zu umgehen, bieten sich Auslandsinvestitionen geradezu an. Die Produktion in den Abnehmerländern bedeutet Unabhängigkeit von allen Ex- und Importmanipulationen. Aus diesem Grund erheben viele Entwicklungs-

¹⁾ Vgl. *Chemiewirtschaft in Zahlen*, 11. Auflage, 1969, S. 83.

Karl W. Menck, 28, Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Entwicklungspolitik im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er beschäftigt sich mit Fragen deutscher Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern.

länder hohe Zölle für chemische Produkte und fördern gleichzeitig Direktinvestitionen, allerdings mit dem Vorbehalt, daß die Wünsche des Gastlandes gegenüber den Investoren respektiert werden. Die Industrieländer verhalten sich ausländischen Investitionen gegenüber genauso vorsichtig: Die Furcht vor einer Wettbewerbsverschärfung zwingt die einheimischen Produzenten, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die unerwünschten Konkurrenten gar nicht erst zum Zuge kommen zu lassen. Einen Vorgeschmack bekam die BASF, als sie in den Vereinigten Staaten einen Betrieb errichten wollte. Mit Recht und nicht ohne begründete Verbitterung machen die Vertreter der deutschen chemischen Industrie geltend, daß lediglich die Bundesrepublik — zu Lasten der inländischen Chemieproduzenten — eine Ausnahme macht. Sie sind sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten einem ständig härteren Druck ausgesetzt, ohne den Schutz beanspruchen zu können, den Unternehmen der gleichen Branche in aller Welt genießen.

Ausländisches Kapital im Zwielficht

Offenbar vertraut man in anderen Ländern ausländischem Kapital weniger als in der Bundesrepublik. Dies trifft vor allem für die Entwicklungsländer zu. Ohne Zweifel muß deren Kapitalbildung durch ausländische Hilfe ergänzt werden. Aber man darf die Bedeutung der Kapitalimporte auch nicht überschätzen. Defizite in Teilbilanzen werden nur einmal — nämlich beim Kapitalimport selbst — ausgeglichen, und das auch nur zum Teil. Die Umstellung der Industriewirtschaft führt erst spät zur Imports substitution und der damit verbundenen Devisenersparnis. Während des Industrialisierungsprozesses sind Importe von Roh- und Hilfsstoffen nicht zu vermeiden, die weit aus mehr Devisen erfordern. Werden Beschränkungen wegen Devisenmangels eingeführt, müssen unter Umständen Anlagen stillgelegt werden. Deutsche Unternehmen der chemischen Industrie mußten in Entwicklungsländern häufig um die Devisen für diese Importe kämpfen. Das widerlegt die Legende, Kapitalimporte seien gleichbedeutend mit Devisenersparnissen.

Zudem werden als Folge der Kapitalimporte auch nur relativ wenige Arbeitsplätze geschaffen. Die mageren Ergebnisse, die in dieser Hinsicht von der chemischen Industrie erzielt wurden, treffen in der Regel auch für andere Bereiche zu; denn die kapitalintensiven Produktionstechniken der Industrieländer können nur geringfügig geändert werden. Auf der anderen Seite ist das Heer der Arbeitslosen viel zu groß, als das eine Unternehmung nachhaltig die Beschäftigungslage verbessern könnte. Selbst Länder mit umfang-

reichen Kapitalimporten konnten die Arbeitslosigkeit nicht verringern. So bleibt als Vorteil nur noch der Transfer von Know-How und technischem Wissen durch die Direktinvestitionen. Aber auch hier darf man die positiven Wirkungen nicht überschätzen. Nur die Abfüllung und Verpackung oder ein Teil der Produktion werden bisher in die Entwicklungsländer verlagert. Dabei fallen mehr Handlanger-Dienste und Hilfsarbeiten an als eigenständige, technische Kenntnisse vermittelnde Tätigkeiten. Die geringe Zahl der Beschäftigten sorgt dafür, daß diese Kenntnisse nur an sehr wenige vermittelt werden. Zwar kann eine starke Fluktuation bei den Arbeitern aus dem Gastland beobachtet werden; sie führt aber gerade dazu, daß nur die notwendigsten Kenntnisse erlangt werden.

Teurer als inlandsinvestitionen

Fraglich bleibt jedoch, ob es überhaupt Aufgabe ausländischer Unternehmen sein kann, die Arbeiter auszubilden, d. h. ob der Mangel im allgemeinen Schul- und Erziehungssystem auf Kosten der ausländischen Investoren beseitigt werden soll. Ähnlich ist es, wenn ausländische Unternehmen die fehlenden Infrastruktureinrichtungen selbst errichten und auf eigene Kosten die Zulieferindustrien ausbauen müssen. Das ist aber in der Regel üblich und notwendig, wenn Direktinvestitionen in Entwicklungsländern getätigt werden. Dadurch erklären sich auch die ungleich höheren Kosten für den Aufbau von Unternehmen in den Entwicklungsländern.

Dem stehen in den einzelnen Ländern aufgrund des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens und der geringen Einnahmen des landwirtschaftlichen Sektors kleinere Märkte für die chemischen Produkte gegenüber. Auch wenn der Absatz von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und Medikamenten über halbstaatliche und staatliche Stellen läuft, so ist damit noch nicht der Absatz gesichert. Die Behörden sind häufig nicht in der Lage, die Produkte zu verteilen. So wurden oft die zugesagten Mengen in späteren Jahren nicht abgenommen und/oder nicht bezahlt. Alle anderen chemischen Produkte — vor allem Massenartikel — müssen erst im Lande bekannt gemacht werden. Das setzt Werbung voraus, die kaum gemeinsame Züge mit den Verkaufsanstrengungen in den Industrieländern aufweist. Meist handelt es sich um die Vermittlung der Zivilisation. Die Regierungen überlassen diese Aufgabe gern den Unternehmen. Das ist zwar ein politisch immer durchsetzbares Vorgehen, jedoch nicht ohne Haken. Die Produktions- und Vertriebskosten liegen dadurch nämlich höher als in den Industrieländern: Die kleinen Serien führen schon zu hohen Stückkosten, auf die dann zusätzliche Leistungen auf-

geschlagen werden, die in den Industrieländern gar nicht erst anfallen. Opfer dieser falschen Industrialisierungspolitik sind die Entwicklungsländer selbst, die zusätzlich auch noch aus politisch übersteigerten Autonomiebestrebungen die Zusammenarbeit in Wirtschaftsgemeinschaften ablehnen. Diese allein könnten aber die Voraussetzungen schaffen, daß ähnliche Produktions- und Absatzbedingungen wie in den Industrieländern herrschen.

Industrieländer bevorzugt

Demgegenüber nehmen sich die Bedingungen in Industrieländern für Auslandsinvestitionen außerordentlich günstig aus. Es entfallen nicht nur die Unterschiede in der Infrastruktur und in der Qualifikation der Arbeitskräfte. Das Rechtssystem und die politische Entwicklung verheißen die gleiche Sicherheit und Stabilität wie in der Bundesrepublik Deutschland. Die industrielle Verflechtung zwischen den Industrieländern erlaubt zudem den Rückgriff auf die billigsten und geeignetsten Rohstoffe. Diese Märkte lassen auch den Absatz großer Serien zu. Werbung und Verkaufsstrategien können sich auf das Produkt selbst beschränken.

Dafür ist aber die Konkurrenz schärfer und härter. Denn die Entwicklungsländer sagen den im Inland ansässigen Unternehmen hohe Schutzzölle und die Verweigerung weiterer Genehmigungen für die Produktion konkurrierender Produkte oder zumindest deren Beschränkung zu. Offenbar ist das jedoch nicht viel wert in den Augen der Unternehmen. Denn die Unternehmen der chemischen Industrie konzentrieren ihre Auslandsinvestitionen auf Europa und Nordamerika und in letzter Zeit zunehmend auf Lateinamerika. Das zeigt deutlich, wie sehr die erwartete Marktentwicklung – unabhängig von der voraussichtlichen Konkurrenz – über den Standort für die Auslandsinvestitionen entscheidet.

Schlechte Aussichten

Daran wird sich wahrscheinlich auch in Zukunft nichts ändern. Anzeichen für eine andere Entwicklung lassen sich jedenfalls nicht erkennen. Unter dieser Voraussetzung rechnen die Voraussagen für das nächste Jahrzehnt mit Umsätzen der chemischen Industrie in Asien und Lateinamerika zwischen 500 und 530 Mrd. DM. Spektakuläre Zuwachsraten sind allein in Lateinamerika zu erwarten. Dagegen belief sich der Umsatz chemischer Produkte in allen Industrieländern schon 1967 auf 360 Mrd. DM, in den Entwicklungsländern dagegen nur auf rd. 100 Mrd. DM. Wenn dieses Verhältnis der Umsätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sich nicht allzu sehr verändert, werden sich im nächsten Jahrzehnt die

Umsätze in den Industrieländern auf ca. 1750 Mrd. DM erhöhen. Die dafür notwendigen Investitionen liegen zwischen 12 % und 15 % der Umsätze. Somit errechnen sich für diesen Zeitraum weitere Investitionen der chemischen Industrie in den Entwicklungsländern zwischen 65 und 90 Mrd. DM²⁾. Für die Investitionen in den Industrieländern wären aber sogar 100 bis 260 Mrd. DM notwendig³⁾. Trotz der relativ starken Steigerung in den Entwicklungsländern werden die Märkte in den Industrieländern also auch im nächsten Jahrzehnt im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen. Selbst unwahrscheinlich hohe Wachstumsraten können nämlich nicht die Unterschiede im Niveau überbrücken.

Unterteilt man die Gesamtzahl nach den einzelnen Entwicklungsländern, kommen nur Indien, Argentinien, Brasilien und Mexiko für eine stärkere Investitionstätigkeit in Frage. In den meisten anderen Entwicklungsländern bleiben auch bis 1980 die Gesamtumsätze viel zu niedrig, als daß Investitionen wirtschaftlich gerechtfertigt wären. Der Iran würde z. B. bis 1980 für höchstens 10 Mrd. DM chemische Produkte umsetzen, d. h. nur 25 % des Jahresumsatzes (!) der BRD 1968. In Uruguay werden voraussichtlich sogar nur für 1,6 Mrd. DM Chemieprodukte abgesetzt werden können⁴⁾.

So ist es nicht erstaunlich, wenn in Zukunft die Aussichten für eine Produktionsverlagerung in die Entwicklungsländer ungünstig bleiben. Direktinvestitionen richten sich eben nach den Märkten für die jeweils hergestellten Produkte. Solange sie zu klein sind, als daß sich umfangreiche Investitionen rechtfertigen ließen, kann man keine Auslandsinvestitionen erwarten. Auch der entwicklungspolitische Beitrag dieser Leistungen ist noch gering. Wichtiger als Düngemittelfabriken sind vorerst Einrichtungen für die Infrastruktur und Investitionen, die stärker das vorhandene Arbeitspotential ausschöpfen als die chemische Industrie. So sprechen viele Gründe dagegen, Produktionsverlagerungen der chemischen Industrie mit Vorrang zu fördern. Daran, daß mit den Direktinvestitionen immer noch viele Probleme für den Investor und für das Entwicklungsland untrennbar verbunden sind, wird deutlich, daß die notwendigen Voraussetzungen für eine vollständige Nutzung dieser Form der Entwicklungshilfe fehlen. Sie zu schaffen, ist Aufgabe der Industrie- und Entwicklungsländer.

2) Vgl. K. Vogel, R. Woller: Viel Geld für die Chemie in Lateinamerika und Asien. Investitionsbedarf bis 1980 20 Mrd. \$. In: Chemische Industrie, Bd. 22, 1970, S. 187 ff.; W. Grauert: Afrikas Chemieinvestitionen nehmen zu. Bis 1980 rd. 1,6 Mrd. \$ Gesamtinvestitionen. In: Chemische Industrie, Bd. 22, 1970, S. 190 ff.

3) Berechnung nach Chemiewirtschaft in Zahlen, a. a. O., S. 98, Tab. 28.

4) Vgl. K. Vogel, R. Woller, a. a. O., S. 189, Tab. 4.